



Interviews

Datum: 14. Februar 2024

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP, Verteidigungsexpertin.

Barbara Schmidt-Mattern: Wir können das Thema jetzt vertiefen mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag und FDP-Spitzenkandidatin bei der Europawahl im Juni. – Schönen guten Morgen!

Marie-Agnes Strack-Zimmermann: Guten Morgen!

Schmidt-Mattern: Bleiben wir direkt bei der Bombe. Katarina Barley, die EU-Vizeparlamentspräsidentin und Spitzenkandidatin der SPD bei der Europawahl, die schlägt jetzt vor, einen eigenen atomaren Schutzschirm für Europa beziehungsweise die Europäische Union. Sie bleibt da noch recht unkonkret, aber der Aufschlag ist gemacht. Ist das ein vernünftiger Vorschlag?

Strack-Zimmermann: Ich bin, offen gestanden, überrascht, dass sie das macht, und ich möchte Frau Barley nicht zu nahe treten, aber ich glaube, dass sie überhaupt keine Vorstellung hat, was das letztlich bedeutet. Das bedeutet nämlich nicht, man stellt mal zehn Atombomben an die eine Grenze oder an die andere, sondern das ist letztlich ein gewachsenes ausgefeiltes System, in dem ganz Europa geschützt werden muss. Ihr Beitrag gerade hat das ja auf den Punkt gebracht. Man kann darüber nachdenken, aber ich warne davor, das mal so am Kaffeetisch zu sagen, sondern wie gesagt, ich glaube, dass die meisten nicht wissen, was das letztlich bedeutet, abgesehen von den Kosten. Das will ich jetzt gar nicht heranzuführen. Insofern halte ich das für überschaubar klug, was sie da gemacht hat.

Schmidt-Mattern: Überschaubar klug – ist das auch die Meinung von Christian Lindner, Ihrem Parteichef? Der schreibt heute in der FAZ explizit über das Angebot aus Frankreich, das schon seit langem vorliegt, dass man im Bereich der nuklearen Abschreckung stärker kooperieren müsste. Ist das nicht ein Aufschlag für einen eigenen europäischen atomaren Schutzschirm, den Ihr Parteichef da macht?

Strack-Zimmermann: Nein. Christian Lindner hat ja nicht gesagt, im Gegensatz zu Frau Barley, dass wir einen eigenen aufbauen müssen, sondern er nimmt als Basis Frankreich.

Nun ist es so, dass Frankreich im Vergleich zu den Vereinigten Staaten – wir reden hier von Massenvernichtungswaffen, das darf man nicht vergessen – eine nicht vergleichbare atomare Abschreckung hat. Frankreich könnte sich selber schützen, das war auch die Idee der Force de frappe, als das aufgebaut wurde, auch innerhalb der NATO. Frankreich könnte gegebenenfalls Deutschland noch schützen, aber allein schon aus dem Interesse, dass möglicherweise eine russische Truppe nicht plötzlich am Rhein steht. Das ist es aber auch! Mehr kann Frankreich nicht. Das heißt, man müsste sich dann fragen, Frankreich plus Großbritannien, sich lösen von der Europäischen Union, sondern europäisch denken. Wie gesagt, man kann darüber laut denken, aber ich empfehle dringend, sich klarzumachen, was es letztlich bedeutet, und ich teile die Auffassung von Herrn Kiesewetter, dass wir auch die Amerikaner davon überzeugen müssen, welche Bedeutung es hat, gewissermaßen auch in Europa engagiert zu bleiben.

Schmidt-Mattern: So ganz klar ist mir das jetzt noch nicht geworden. Verstehe ich Sie und auch Christian Lindner richtig, es könnte eine Option sein, wenn wir nicht mehr unter dem Schirm der Amerikaner wären, mit unter den nuklearen Abwehrschirm der Franzosen zu „schlüpfen“?

Strack-Zimmermann: Das wollen die Franzosen. Wir tauschen uns in den Ausschüssen regelmäßig aus. Auch jetzt war der Vorsitzende und eine Delegation gerade wieder bei mir in Berlin. Auch da wurde das Thema wieder auf den Tisch gelegt mit dem Wunsch, doch auch unter den französischen Schutz zu kommen. Das reicht aber nicht. Schauen Sie, die amerikanische Nuklearmacht ist gewachsen im Laufe von 80 Jahren und sie deckt ganz Europa ab. Das heißt, bei einem möglichen Angriff auf die baltischen Staaten gilt es, auch abschreckend zu wirken. Das können die Franzosen nicht. Dazu haben die Franzosen nicht das Potenzial. Wenn ich Ihnen jetzt Zahlen nennen würde, wie viele Atomsprengköpfe die USA haben oder die Franzosen, ist das alles gesehen gigantisch, weil es ein Massenvernichtungsmittel ist, was wir ja, so Gott will, nie, nie, nie erleben dürfen, dass es eingesetzt wird. Wir können mit den Franzosen an einen Tisch. Das reicht aber nicht. Wir brauchen mindestens Großbritannien mit dazu und ich bin persönlich der Meinung, wir müssen konventionell stärker werden, wir müssen deutlich mehr im Cyber-Bereich machen. Die Angriffe, die wir jetzt gerade erleben, auch in der Kommunikation – nehmen Sie dieses völlig irre, wirre Interview mit Putin und einem amerikanischen Journalisten, der wiederum bei Trump an der Nadel hängt, Tucker Carlson. Dann Trump, der das mal so locker sagt. Verstehen Sie, auf was ich hinaus will?

Schmidt-Mattern: Auf jeden Fall!

Strack-Zimmermann: Wir können jetzt noch und nöcher über Atombomben sprechen. Ich glaube, wir sollten, wenn wir es tun, uns darüber im Klaren sein, was das für eine Dimension ist, und das, selbst wenn wir es wollten – das auch Richtung Frau Barley – nicht in wenigen Jahren aufgebaut werden kann.

Schmidt-Mattern: Frau Strack-Zimmermann, es gab gestern fast parteiübergreifend aus Regierung und Opposition negative Reaktionen auch von Ihnen auf den Vorstoß von Katarina Barley. Darf und muss aber nicht wenigstens darüber diskutiert werden, wie Europa sich möglicherweise auch nuklear schützen muss in einer Zeit, in der die USA sich möglicherweise abwenden und Russland den Europäern unverhohlen droht?

Strack-Zimmermann: Ich finde, dass die Diskussion geführt werden darf. Ich will da auch gar nicht in die Konfrontation zu Frau Barley gehen. Ich glaube einfach, dass, wenn wir darüber so salopp diskutieren, die Dimension den einzelnen nicht klar ist. Selbstverständlich müssen wir uns damit beschäftigen und ich glaube, ich bin unverdächtig, dass ich mich nicht jeden Tag damit beschäftige, wie wir Europa, wie wir Deutschland schützen können. Ich bin auch die Letzte, die unverdächtig ist, nicht vor zwei Jahren schon darauf hingewiesen zu haben, bei dem ja inzwischen zweiten Angriff von Putin auf die Ukraine – 2014 hat ja überhaupt keiner gezuckt, als das passiert ist – dass wir uns dringend damit beschäftigen müssen, dass Europa autark werden muss. Aber es wäre ja schon sehr hilfreich, wenn wir anfangen würden, gemeinsam zu beschaffen, wenn wir mal ganz konkret werden würden, eine gemeinsame europäische Armee aufzubauen, wenn wir ganz konkret werden würden, eine europäische Cyber-Abwehr aufzubauen. Nicht mal das funktioniert ja und ich finde, bevor wir uns mit der großen Frage der atomaren Abschreckung beschäftigen, sollten wir erst mal grundsätzlich das machen, was wir machen müssen, nämlich uns gegen das zu wehren, was unmittelbar schon passiert. Wir werden cybermäßig schon angegriffen und da passiert viel zu wenig, und ich bin der Meinung, das Thema atomar gehört nicht in der Öffentlichkeit diskutiert. Da muss man sich sehr klarmachen, was das letztlich bedeutet. Und vielleicht bin ich – darf ich das sagen – ein grundsätzlicher Optimist. Erstens einmal glaube ich nicht, dass die Vereinigten Staaten sich davon loslösen, Europa mit in den Schuttschirm zu nehmen, weil sie ja auch selber davon profitieren. Es ist ja nicht eine Einweggeschichte.

Schmidt-Mattern: Lassen Sie uns noch einen Moment in Europa bleiben. Sie sagen einerseits, Sie sind Optimistin. Zugleich haben Sie selber aufgelistet, was alles nicht geht in Europa: gemeinsame Beschaffung, eine gemeinsame europäische Armee, eine gemeinsame Cyber-Abwehr. Die Franzosen sind enttäuscht, häufig schon gewesen, über das Schweigen in Berlin, sei es jetzt bei der nuklearen Abschreckung oder auch bei anderen Themen, weil aus Berlin zu wenig Antworten, überhaupt Reaktionen kommen. Woher nehmen Sie den Optimismus, dass Europa wirklich jetzt etwas tut und begreift, dass es für seine eigene Sicherheit sorgen muss?

Strack-Zimmermann: Wenn ich jetzt nicht noch einen Funken Optimismus in dieser Situation hätte, dann könnte ich mich ja einsargen lassen. Ich glaube – und das soll jetzt nicht zynisch klingen – die Situation ist objektiv so ernst. Wenn Europa in Gänze heute nicht reagiert, weiß ich nicht wann. Dazu bedarf es, dass Europa in Sicherheitsfragen aufhört, an Einstimmigkeit zu denken. Wir müssen in Europa uns auf den Weg machen, dass es eine Abstimmung gibt, wo einige, wo eine Mehrheit der Minderheit letztlich sagt, wie das in der Demokratie ist, in welche Richtung wir gehen. Das ist alles einstimmig, das macht es hoch problematisch bei 27 Staaten. Das heißt, wir müssen heute beginnen, uns mit diesem Thema zu beschäftigen. Es ist schon ärgerlich genug, dass in dreieinhalb Jahren auch die Kommissionspräsidentin, die ich einfach mal nennen muss – Frau von der Leyen war sechs Jahre Verteidigungsministerin – Frau von der Leyen versteht was von Abschreckung, versteht was von diesem Thema. Und es ist nicht einmal in der Kommission auf den Tisch gelegt worden, sich mit einer gemeinsamen Abschreckung zu beschäftigen.

Schmidt-Mattern: Frau Strack-Zimmermann, wir haben nicht mehr viel Zeit. Ich möchte unbedingt noch kurz auf das Finanzielle zu sprechen kommen. Christian Lindner, Ihr Parteichef, stellt heute auch in der FAZ klar, 2028 wird das Sondervermögen hier in Deutschland für die Bundeswehr aufgebraucht sein, und er sagt, es braucht mehr Zurückhaltung bei neuen Ausgaben, Subventionen und Verteilungsideen, um die Verteidigung in Deutschland künftig zu finanzieren. – Wo konkret will die FDP sparen und kürzen?

Strack-Zimmermann: Ich kann dem Finanzminister nur recht geben. Wir müssen mehr in Sicherheit investieren. Ich kann Ihnen das ganz grundsätzlich sagen. Wir haben einen der größten Haushalte, die wir in der Vergangenheit hatten. Wir haben fast eine Billion ...

Schmidt-Mattern: Machen Sie es doch bitte konkret statt grundsätzlich.

Strack-Zimmermann: Nein! Ich werde Ihnen jetzt nicht sagen, dort und dort. Ich sage Ihnen etwas: Wir haben knapp eine Billion Einnahmen. Mir soll keiner sagen, dass man den Haushalt nicht grundsätzlich durchforstet, wo man Dinge verändern kann. Wenn wir das nicht mehr können, sind wir gelähmt, und ich kann Ihnen nur als Sicherheitspolitikerin sagen, wir werden in diesem Land völlig andere Diskussionen führen, wenn wir nicht Geld in die Hand nehmen, um das Haus zu sichern. Wenn das Haus sicher ist, abschreckend sicher ist, dann können wir im Haus bewegen, was immer wir wollen. Deswegen teile ich die Einschätzung, dass wir mit dem Haushalt, den wir haben, zurechtkommen werden und zurechtkommen müssen. Wenn ich heute Ihnen ein Beispiel sage, sehe ich schon die Schlagzeilen. Dann sagt ein anderer, das wollen wir nicht. Weil jeder, der sich betroffen fühlt, sagt: Nein, bei mir

nicht. – Ich sage Ihnen, jeder und alles wird betroffen sein müssen, wenn wir das Haus Europa, das Haus Deutschland in Zukunft sichern wollen. Ich will das, weil ich möchte – das sage ich auch mal ganz pathetisch – dass meine Kinder so leben können, wie ich auch gelebt habe.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.